

# Bürger fordern: Windkraft muss hinterfragt werden

Heimische Gegner von Windkraftanlagen im ländlichen Raum hoffen auf Gehör in Wiesbaden

Neun Bürgerinitiativen und MIO (Marburger Institut für Ornithologie und Ökologie) bilden ein Bündnis, um gegen den weiteren Ausbau von Windenergie-Anlagen im Landkreis vorzugehen.

**Marburg.** Die Landtagswahl hat die bisherige Koalition von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen nur mit einem Sitz über der erforderlichen Mehrheit bestätigt, wobei die Grünen gestärkt aus der Wahl hervorgehen.

In diesem Szenario gehen die BI-Vertreter davon aus, dass sie mit ihrem Anliegen, die Vermeidung von weiteren Windenergieanlagen im ländlichen Raum in Hessen, kaum Gehör in Wiesbaden finden werden. Deshalb war es ihnen ein wichtiges Anliegen, ihre Sichtweise dem

neuen CDU-Fraktionsmitglied Dirk Bamberger aus Marburg darzulegen.

Sie gehen davon aus, dass die Grünen den „landschaftszerstörenden Ausbau weiter forcieren werden und die CDU aufgrund ihrer Stimmenverluste eine schwächere Verhandlungsposition in der Koalition haben wird. Gegenüber Dirk Bamberger machten die BI-Vertreter ihre Position deutlich: Der Verlust zahlreicher, auch seltener Vögel und Fledermäuse, die Zerstörung von geschlossenen Waldgebieten durch zahlreiche Baumfällungen für die Industrieinbauten, Infraschall und Schlagschatten der Windräder werden Natur und den Menschen auf dem Lande schweren Schaden zufügen. Vor der

Wahl hatte die CDU die heiß diskutierte 10H-Regelung (Mindestabstand zu Wohngebieten mindestens das 10-fache der Anlagenhöhe) zum Schutz der Landbevölkerung in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Inwieweit sie das aber nun nach der Wahl auch umsetzen kann, bleibe abzuwarten.

Bamberger begann das Gespräch mit den BI-Vertretern mit dem Hinweis, dass er Informationen aus den laufenden Koalitionsverhandlungen nicht geben könne, da man zwischen den Partnern Vertraulichkeit vereinbart habe. Die BI-Vertreter befürchten, dass die Grünen die Windkraftförderung forcieren und auch die Vorrangflächen erhöhen wollen. Derzeit muss jede Kommune zwei Pro-

zent ihre Fläche dafür ausweisen. Da in den großen Städten wie Frankfurt oder Darmstadt keine Windkraftanlagen stehen, weite Flächen um den Flughafen Frankfurt, der Taunusrücken und viele andere Flächen in Hessen ausgenommen sind, erhöhe sich der Anteil im ländlichen Raum extrem. Hier sollte seitens der Regierung eine klare Linie dahingehend eingeführt werden, dass diese zwei Prozent auf Kreisebene Anwendung finden müssen.

Auch wiesen die BI-Vertreter darauf hin, dass die alten Abstandsregeln noch aus Zeiten stammen, in denen die Windkraftanlagen eine Höhe von 60 bis 100 Metern hatten. Heute mit geplanten Anlagen von bis zu 300 Metern Gesamthöhe sei-

en die Auswirkungen auch entsprechend weiter zu spüren. Hier spiegeln die Anforderungskriterien, auf deren Basis der RP die Genehmigungen prüft und genehmigt, diese neuen Umstände meist noch nicht wider.

Der Gesundheitsschutz werde durch den verstärkten Ausbau der Windenergieanlagen vermehrt außer Acht gelassen. Bewusst würden Diskussionen zu Infraschall und dessen Auswirkungen auf die betroffenen Menschen als Einbildung oder Übertreibung abgetan, obschon sich die Stimmen, Empfehlungen und Verordnungen und Studien mehren, die belegen sollen, dass es hier Zusammenhänge zu gesundheitlichen Beschwerden gibt.

Die BI drängt darauf, bei der Vergabe von Gutachten und der Vermessung von Windkraftanlagen immer zwei unabhängige und von der Behörde – nicht vom Investor – bestellte Gutachter zu beauftragen, da das Thema Gutachten im Genehmigungsverfahren sehr oft die benötigte Neutralität vermissen ließe.

Klaus Neebe, Vorstand der BI „Wald ohne Windkraft“ aus Ebsdorfergrund, übergab Bamberger eine Box mit Unterschriften und ein Schreiben, das das Anliegen der Initiativen in der Gesamtheit noch einmal in Kürze darlegte und im Kern ein Moratorium, eine Aussetzung der Genehmigungen von Windkraftanlagen in Hessen forderte, so lange, bis die „veralteten Genehmigungsrichtlinien“ angepasst und auch anhängige Gerichtsurteile entschieden sind und in den Genehmigungsverfahren entsprechend umgesetzt werden können.



Vertreter der Bürgerinitiativen, die sich einen kritischen Umgang mit Windkraft wünschen, trafen sich mit dem neuen Landtagsmitglied Dirk Bamberger (Dritter von links), um ihm ihr Anliegen zu erläutern.

Privatfoto

## ZIELE

Zentrale Forderungen der neun Bürgerinitiativen und MIO:

■ Für Windkraftanlagen in Schwachwindgebieten muss die baurechtliche Privilegierung ebenso wie jegliche Subventionierung gestrichen werden.

■ Windkraftanlagen dürfen so lange nicht gebaut werden, bis es realisierbare und bezahlbare Speichermöglichkeiten gibt.

■ Die garantierte Vergütung, die auch für nicht eingespeisten Strom an die Betreiber von Windkraftanlagen zu zahlen ist, muss abgeschafft werden.

■ Für alle größeren Windkraftanlagen muss eine neutrale Umweltverträglichkeitsprüfung unter Beteiligung der Öffentlichkeit und Umweltverbände erfolgen.

■ Bestehende Windkraftanlagen dürfen nur weiter betrieben werden, wenn das im Bundesnaturschutzgesetz festgelegte Tötungsverbot, das EU Artenschutzrecht sowie die FFH-Richtlinien von mindestens zwei öffentlich bestellten vereidigten Sachverständigen als erfüllt bestätigt werden.

■ Der Wald und die Landschaft sind Schutzgüter von höchster Priorität und müssen deshalb harte Ausschlusskriterien für die Genehmigung von Windkraftanlagen sein.

■ Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit darf nicht weiter missachtet werden.

■ Windkraftanlagen, für die der für die Klimaziele wesentliche CO<sub>2</sub>-Speicher Wald abgeholzt werden müsste, sind nicht mehr zu genehmigen.

## HINTERGRUND

Bürgerinitiativen, die sich kritisch mit der Windkraft auseinandersetzen, setzen auf eine gemeinsame Schlagkraft: BI „Keine WKA rund um die Mardorfer Kuppe“, BI „Wald ohne Windkraft Ebsdorfergrund“, BI Holzhausen zur Förderung des Naturschutzes und der Heimatpflege, BI Gegenwind Vogelsberg, BI Gegenwind Lohra, BI Bortshausen-Ronhausen-Wolfshausen, BI Schwarzenberg-Weißenberg, BI Windkraft Görzhäusen, BI Windkraft Wetter und das Marburger Institut für Ornithologie und Ökologie.